An alle Haushalte

BURGWEDEL *im* BLICK

BURGWEDEL SPD

ZEITUNG DES SPD-ORTSVEREINS BURGWEDEL | AUSGABE 1/2018

EDITORIAL

HÖCHSTE ZEIT: BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE

In Burgwedel fehlt es an bezahlbarem Wohnraum – insbesondere für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Familien, die hier beschäftigt sind und pendeln müssen. Wir wissen das und hören es auch immer wieder in den vielen Gesprächen, die wir mit den Betriebs- und Personalräten sowie Geschäftsleitungen von Einrichtungen und Unternehmen führen.

Es reicht eben nicht, überwiegend »exklusives Wohnen« möglich zu machen. In den vergangenen Jahrzehnten ist der Geschosswohnungsbau vernachlässigt worden. Hier gibt es den größten Nachholbedarf, damit Familien und Alleinlebende ein attraktives und bezahlbares Zuhause finden und hier sehr gerne leben. Die SPD in Burgwedel ist sich ihrer Verantwortung bewusst, hier anzupacken und Abhilfe zu schaffen.

Herzlichst

Andreas Strauch
Regionsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Burgwedel

WOHNRAUM IN BURGWEDEL SCHAFFEN

Dringend benötigt: Bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum in Großburgwedel!

Foto: shutterstock

Von Jochen Rödiger

Alle reden über die Notwendigkeit des Wohnungsbaus in Großburgwedel – nur die CDU/FDP Gruppe nicht.

Ein Blick in überregionale Zeitungen, Fernsehnachrichten – immer dieselbe Botschaft: Deutschland braucht mehr bezahlbare Wohnungen, vor allem in Ballungszentren. Ein Gespräch auf dem Wochenmarkt in Burgwedel führt schnell zum Konsens: Auch Großburgwedel braucht ein höheres Angebot an Wohnungen, hier besonders an bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum. Es werden vom Bund und vom Land Förderprogramme aufgelegt, die Investitionen erleichtern sollen. Handeln allerdings müssen letztendlich die Kommunen, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten Bauland ausweisen müssen.

Werfen wir einen Blick auf den Wohnungsmarkt in Burgwedel. Allein die Fahrradfahrt durch Großburgwedel zeigt, dass es hier seit 25 Jahren keinen nennenswerten Geschosswohnungsbau gegeben hat. Baugebiete davor zeigen, dass unsere Stadträte in der Vergangenheit sehr wohl wussten, dass neben dem Einfamilienhausbau auch der Mietwohnungsbau fester Bestandteil der Bauplanung zu sein hat. Nehmen wir als Beispiel den Pappelweg und die Wohnhäuser an der Kleinburgwedeler Straße aus den 70er Jahren, den Pastor-Badenhop-Weg und den Bertramshof aus den 90er Jahren. Danach ist weitgehend Schluss mit dem Wohnungsbau in Großburgwedel, wenn man von einzelnen hochpreisigen Objekten wie z. B. in der Dammstraße absieht. Bei einem »Anbietermarkt«, wie wir ihn bezogen auf Mietwohnungen jeder Art in Burgwedel vorfinden, ist es nicht verwunderlich, dass der Mietspiegel in den vergangenen Jahren große Steigerungen zu verzeichnen hat.

Zwischen 2011 und 2017 sind Zwei- und Drei-Zimmerwohnungen in Burgwedel um ca. 16 Prozent teurer geworden. Das bedeutet innerhalb von sechs Jahren z. B. für eine 70 Quadratmeter-Wohnung bei einem Ausgangswert von sieben Euro pro Quadratmeter Kaltmiete einen Anstieg der Miete von 490 auf 568 Euro im Monat. Dabei beziehen sich die Preise auf die vorhandenen Mietver-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Foto: shutterstock

träge, nicht auf Neuverträge. Ein Blick bei ImmobilienScout 24 zeigt, dass im Bereich Neuvermietung ganz andere Zahlungen verlangt werden. Unter acht Euro pro Quadratmeter Kaltmiete sind – bei äußerst knappem Angebot – keine Wohnungen zu finden.

Das geringe Angebot und die Preise für Mietwohnungen bestätigen, dass es einen nennenswerten Wohnungsbau in den vergangenen 20 Jahren in Großburgwedel nicht gegeben hat. Lediglich im Bereich Eigentumswohnungen finden wir Neubauten aus dieser Zeit. Aber auch hier sind die Preise dermaßen in die Höhe geschossen, dass häufig noch nicht einmal der Verkauf eines Einfamilienhauses ausreicht, um 100 qm Neubauwohnung zu bezahlen.

Der Wohnungsmarkt ist auch von der Seite der Nachfrage neuen Bedingungen ausgesetzt. Burgwedel ist eine der wenigen Kommunen in der Region Hannover, die mehr Einpendler hat, die zu uns zur Arbeit fahren, als Auspendler. Das ist einerseits gut, zeigt jedoch, dass es viele attraktive Arbeitsplätze in Burgwedel gibt. Andererseits wünscht sich wahrscheinlich eine nicht kleine Zahl der Einpendler, auch hier an ihrem Arbeitsort zu wohnen. Das ist für Arbeitnehmer mit mittlerem und geringem Einkommen illusionär, denn sie haben auf dem Wohnungsmarkt in Burgwedel gar keine Chance. Und was machen beispielsweise unsere Familien in Burgwedel, die sich vergrößert haben, Paare, die eine Familie gründen möchten oder ältere Menschen, die eine barrierefreie Wohnung benötigen?

Schaut man sich die demographische Entwicklung in der Region an, so weist Burgwedel doch erhebliche Unterschiede zu den anderen Kommunen auf. In der Prognose der Bertelsmann Stiftung (Demographiebericht Burgwedel, Bertelsmann Stiftung 2016) von 2016 ist zu lesen, dass Burgwedel einen negativen Bevölkerungssaldo von minus 2,5 bis minus 7,5 Prozent bis 2030 zu erwarten hat. Das alleine könnte den Wohnungsmarkt entspannen. Dass »wir immer weniger werden« wird allerdings begleitet von der doch positiven Entwicklung, dass »wir auch immer älter werden«. Unser Altersquotient ist der höchste in der Region Hannover, unser Jugendquotient mit der niedrigste.(vergleiche: Region Hannover, Beiträge zur Kommunalen Entwicklung Nr. 146)

Ältere Menschen haben andere Bedürfnisse als jüngere, wenn es ums Wohnen geht. Die sehr aufschlussreichen Workshops zum Thema »Wie wollen wir wohnen« aus 2015 zeigen deutlich, die Wünsche sind mit drei Worten umschrieben: bezahlbar, barrierefrei und generationsübergreifend. Die Entwicklungen auf dem Burgwedeler Wohnungsmarkt müssen diesen Bedürfnissen Rechnung tragen.

FÜR UNS ALS SPD IN BURGWEDEL ERGEBEN SICH FOLGENDE FORDERUNGEN:

— Nachdem in den Ortschaften aktuell knapp 13 Hektar für den Wohnungsbau ausgewiesen sind, muss in Großburgwedel nun auch der Geschosswohnungsbau gefördert werden. Eine mehrgeschossige Bauweise muss sich selbstverständlich in das Ortsbild einpassen, indem z. B. von innen nach außen die Geschosszahl langsam von einer auf drei erhöht wird.

— Die Erschließung von Bauland soll als kommunales Bauland erfolgen. Damit können Investoren bevorzugt werden, die eine Mischung von Sozialwohnungen, günstigem Wohnraum für Singles, Paare oder Familien sowie höherpreisigem Wohnraum anbieten.

— Barrierefreiheit muss als eine wichtige Voraussetzung für altengerechtes Wohnen berücksichtigt werden. Ideal ist eine Mischung aus Wohnungen für jüngere und ältere Menschen in einem Wohngebiet.

— Grundstücke, die aktuell mit dem Ziel angekauft werden, vorhandenen Mietwohnraum abzureißen und durch Neubauten zu ersetzen, sollen nur dann eine Baurechtsänderung bekommen, wenn auch wieder bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird.

Die Region Hannover sieht in den laufenden Haushaltsberatungen für die Jahre 2019–2021 jährlich 20 Millionen Euro für eine Wohnbauförderung in den Kommunen vor. Es sollen pauschale Beträge je geschaffener Wohnung direkt an die jeweilige Kommune gezahlt werden, die dann dort zur Verfügung stehen. Eine Deckelung ist nicht vorgesehen: Entsteht mehr Wohnraum, soll die Förderung aufgestockt werden. Sie ist gestaffelt je nach Art des Wohnraums. Für Ein- und Zwei-Familienhäuser gibt es pro Wohneinheit einen Zuschuss von 1.500 Euro, für Mehrfamilienhäuser einen Zuschuss von 5.500 Euro. Im sozialen Wohnungsbau gibt die Region Hannover zusätzlich pro Wohnung 3.000 Euro – Voraussetzung ist dann eine Sozialbindung mit einer Mindestlaufzeit von 20 Jahren. Dies ist ein positives Signal der Region an die Städte und Gemeinden, die sich der Verantwortung stellen, dringend benötigten Wohnraum zu schaffen.

Die SPD Burgwedel macht sich für diese Ziele stark, doch leider lehnt die Mehrheitsgruppe im Stadtrat bisher alle Bestrebungen zum Bau weiterer bezahlbarer Mietwohnungen in Großburgwedel ab. Das muss sich ändern! ■

EUROPA: DAS WICHTIGE BESSER MACHEN

Bernd Lange MdEP, Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel im Europäischen Parlament

Von Bernd Lange MdEP

Frieden und Stabilität erscheinen uns heutzutage in Europa häufig selbstverständlich. Dass dies nicht der Fall ist, zeigt ein Blick in die Geschichte unseres Bundeslandes. Während des Zweiten Weltkriegs wurden z.B. große Teile der Landeshauptstadt Hannover, wie viele Städte in Niedersachsen, in Schutt und Asche gelegt. Bei Kriegsende war das Zentrum zu rund 90 Prozent zerstört und mehr als die Hälfte aller Wohnungen im Stadtgebiet entweder völlig oder schwer beschädigt. Gleichzeitig kamen über zwei Millionen Vertriebene und Flüchtlinge nach Niedersachsen, die versorgt werden mussten.

Nur fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs stellte der französische Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 seine Vision einer neuen Art der politischen Zusammenarbeit in Europa vor. Sein Vorschlag: Die Kohle- und Stahlproduktionen zusammenlegen. So sollte ein Krieg zwischen den damaligen »Erzfeinden« Frankreich und Deutschland »nicht nur undenkbar, sondern unmöglich« gemacht werden. Das Fundament zu einem geeinten Europa war gelegt. Das Neben- und Gegeneinander einzelner Staaten sollte von einer friedlichen europäischen Kooperation abgelöst werden. Diese Rechnung ist aufgegangen: Noch nie zuvor gab es zwischen den Ländern, die heute zur EU gehören, so lange keinen Krieg.

Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs ist die EU als ein Projekt des Friedens, der Freiheit und der Demokratie gestartet. Die Achtung der Menschenwürde, die friedliche Zusammenarbeit, die Gleichheit und die Solidarität verbinden uns in Europa.

EUROPA AM SCHEIDEWEG

Die Europäische Union steht jedoch am Scheideweg. Entwickeln wir das Projekt weiter in den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Dimensionen, in stärkerer Solidarität und gemeinsamer, auch internationaler Verantwortung oder zerfällt die Union in ein loses Bündnis souveräner Nationalstaaten? Es scheint einen Einschnitt zu geben in der Entwicklung der EU. Dieser Einschnitt lässt sich besonders deutlich am Brexit festmachen. Jahrzehntelang war die Perspektive Erweiterung. Ein Ausscheiden eines Mitgliedstaates schien undenkbar. Gleichzeitig stellen zudem die antidemokratischen Tendenzen in einzelnen EU-Staaten, zuvorderst Polen und Ungarn, die europäische Wertegemeinschaft in Frage.

Was aber wäre die Folge, wenn der gewachsene Nationalismus in vielen Mitgliedstaaten sich fortsetzt? Ein Zerfallen der Europäischen Union birgt die Gefahr, dass die einzelnen Staaten sich gegenüber großen Wirtschaftsmächten wie den USA oder zunehmend auch China nicht mehr behaupten könnten. Angesichts von weltweiten Handelsbeziehungen und grenzenloser digitaler Vernetzung ist der Versuch, sich wieder abzuschotten und mit geschlossenen Grenzen den Gefahren zu trotzen, illusorisch. Wir können als Europäische Union mit unseren Kompetenzen und Möglichkeiten im Weltmarkt bestehen aber als einzelne, kleine Staaten nicht.

Zudem würden durch eine Wiederbelebung nationalstaatlicher Alleingänge wieder Konflikte zwischen den europäischen Staaten wachsen, die wir eigentlich überwunden geglaubt haben.

Fortsetzung auf Seite 4

Foto: shutterstock

Fortsetzung von Seite 3

DIE EUROPÄISCHE UNION IST EIN GEBEN UND NEHMEN

Die Haltung einzelner Staaten in der Flüchtlingspolitik ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die Illusion geweckt wird, jedes Land allein könnte sich gegenüber internationalen Problemen abschotten. Das kann die Europäische Union spalten und letzten Endes zerstören.

Die Neigung einiger europäischer Regierungen, die Vorteile der Gemeinschaft zu nutzen, den Verpflichtungen aber nicht nachzukommen, wird von der Staatengemeinschaft nicht hingenommen werden. Daher schlägt die Europäische Kommission vor, zukünftig Fördermittel aus dem EU-Haushalt auch an die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten zu koppeln. Denn wie soll ein Staat, in dem die Unabhängigkeit der Justiz abgeschafft wird, garantieren, dass europäische Mittel ordnungsgemäß verwendet werden?

STABILITÄT IN UNRUHIGEN ZEITEN

Ermutigend sind Bewegungen wie »Pulse of Europe«, die überparteilich aufmerksam machen. Auch der Vormarsch von Rechtspopulisten in Frankreich und den Niederlanden konnte gestoppt werden. Der Brexit und das Handeln von US-Präsident Trump haben zudem klar zu einer stärkeren Reflektion über die Notwendigkeit und Ausgestaltung der EU geführt.

Laut einer Eurobarometer-Umfrage von Mai 2018 ist die EU bei den Europäerinnen und Europäern so beliebt wie schon lange nicht mehr: Fast 80 Prozent der Deutschen halten die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache. In global unsicheren Zeiten stellt die EU einen verlässlichen Anker dar.

Heute ist die Europäische Union die Antwort auf die Herausforderungen, die ein Mitgliedsstaat in der globalisierten Welt alleine nicht mehr zu bewältigen vermag. Nur zusammen können wir verantwortungsvolle und einflussreiche Partner sein. Nur mit einer gemeinsamen Stimme können wir dazu beitragen, Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit zu fördern. Es ist an uns, eine gemeinsame und bessere Zukunft Europas zu gestalten. ■

KHAIRI FAHAD ELYAS: ERST FLÜCHTLING, JETZT STUDENT

Von Otto Ludwig

Einige werden ihn kennen, den freundlichen, jungen Mann. Man nennt ihn »Khairi«, sein vollständiger Name aber ist »Khairi, Fahad, Elyas«. »Khairi« ist der Rufname, »Fahad« der Name des Vaters und »Elyas« der Name des Großvaters. Der Name des Großvaters entspricht unserem Familiennamen.

Khairi kommt aus dem Irak, aus dem Norden des Landes. Er ist Jeside. Die Religion der Jesiden gehört zu den ältesten monotheistischen Religionen der Welt. Seit Jahrhunderten werden Jesiden verfolgt. Doch was sich am 4. August 2014 in der Stadt Dschingal (arabisch Singhar), der Hauptstadt der Jesiden, ereignete, stellt alles, was sie bisher zu erleiden hatten, in den Schatten. An diesem Tag fielen die Horden des sogenannten »Islamischen Staates« in die Stadt ein und richteten ein Blutbad sondergleichen an: 5000 Männer wurden auf einen Schlag getötet, 3500 Frauen und Kinder abgeführt und versklavt. Wäre es Khairi und seiner Familie nicht in letzter Minute gelungen zu fliehen, so wären auch sie in die Hände der Schlächter gefallen.

Khairi kam als Flüchtling nach Großburgwedel. Dort habe ich ihn 2015 auf dem Sommerfest der SPD kennengelernt. Einige Flüchtlinge waren als Gäste gekommen. Als ich hörte, dass unter ihnen auch ein Physiker sei, dachte ich mir, dass es sinnvoll sei, sich seiner anzunehmen. Und so haben wir dann begonnen, miteinander deutsch zu sprechen – in dem Glauben, dass ihm, wenn er erst einmal deutsch kann, alle Tore offen stünden. Doch es kam ganz anders. Khairi war auf seiner Flucht in Bulgarien registriert worden und sollte nach den Regeln des Dubliner Abkommens auch wieder dorthin abgeschoben werden. Er hatte jedoch in Bulgarien so schlechte Erfahrungen gemacht, dass er auf keinen Fall dorthin abgeschoben werden wollte. Und so entschloss er sich, wieder in seine Heimat zurückgeführt zu werden.

Ende 2016 ist Khairi noch einmal nach Deutschland gekommen. Diesmal nicht als Flüchtling, sondern als Student. In der Zwischenzeit hatte er sich um ein Visum zur Vorbereitung eines Studiums gekümmert, nachdem die Leibniz-Universität von Hannover sein Bachelorstudium weitgehend anerkannt hatte. Die Vorbereitung auf ein Studium bestand in einem anspruchsvollen Deutschkurs, der eigens für Studenten eingerichtet worden ist. Zwei Jahre standen ihm zur Verfügung. Aber schon nach sieben Monaten konnte er die Prüfung erfolgreich abschließen. Im Sommersemester 2018 hat er dann ein Masterstudium in Physik an der Leibniz-Universität in Hannover aufgenommen. Wenn alles gut geht, könnte er in anderthalb Jahren schon das Studium mit dem Master in Physik abschließen.

Auch im Ehrenamt ist Khairi aktiv. Seit einem halben Jahr ist er stellvertretender Leiter der Abteilung »Freizeitsportler für Alle« bei der TSG.

Eine Erfolgsgeschichte, die 2015 auf dem Sommerfest der SPD ihren Lauf nahm. Ein einmaliger Fall gelungener Integration. ■

AXEL DÜKER – DER ERSTE SOZIALDEMOKRAT AN DER SPITZE DER STADT BURGWEDEL

Interview mit Burgwedels Bürgermeister

Redaktion: Lieber Axel, seit vier Jahren bist du jetzt Bürgermeister der Stadt Burgwedel. Wenn du zurückblickst, was war deine erste große Herausforderung?
Axel Düker: In den letzten Tagen des Wahlkampfes kam die Nachricht, dass Burgwedel durch die geplanten Trassen der Stromautobahn Südlink und des Bahngüterverkehrs Y-Trasse durchschnitten werden sollte. In der ersten Dienstwoche habe ich mit allen Ortsbürgermeistern eine erste Informationsveranstaltung hierzu besucht. In den folgenden Monaten kam es darauf an, das Burgwedeler Stadtgebiet mit seinen vielen Natur- und Landschaftsschutzgebieten vor dieser Entwicklung zu bewahren. Glücklicherweise hat das gemeinsame Handeln hier zum Erfolg geführt. Die Gütertrasse nimmt voraussichtlich einen anderen Verlauf, der mit weniger Eingriffen für Umwelt und Anwohner verbunden ist und große Teile des Südlinks werden unter der Erde verlaufen.

Foto: Michael Plümer

Die Problematik der Siedlung am Würmsee war ebenso eine Aufgabe, die es nach langen, schwierigen Debatten zum Wohle der Betroffenen und der Stadt zu bewältigen gab. Die über Jahrzehnte entwickelte Dauerwohnsituation musste gemeinsam mit der Bauaufsicht der Region Hannover und dem Umweltschutz legalisiert werden. Ich bin davon überzeugt, dass mit guten Verhandlungen und viel Engagement auf allen Seiten eine tragbare Lösung gefunden wurde, die für alle Betroffenen Rechtssicherheit geschaffen hat.

»Wir haben den Elternwunsch nach einer Integrierten Gesamtschule (IGS) in Burgwedel umgesetzt.«

Redaktion: Welche Themen haben dich seitdem vor allem bewegt und was sind Meilensteine, die du erreichen konntest?
Axel Düker: In meinem Wahlprogramm habe ich die Themen Schule, Wohnen und Wirtschaftsentwicklung vorangestellt. In allen Bereichen konnten tolle Erfolge erzielt werden.

Wir haben den Elternwunsch nach einer Integrierten Gesamtschule (IGS) in Burgwedel umgesetzt. Auch die Umbauten und Erweiterungen der Grundschulen in Wettmar, Fuhrberg und Kleinburgwedel zu offenen Ganztagsschulen sind auf den Weg gebracht. Gute Kitas und Schulen sind wichtig und eine Grundvoraussetzung für positive Entwicklungen in den Ortschaften.

Wenn es darum geht, Geld für Infrastrukturmaßnahmen auszugeben, muss auch die Einnahmeseite betrachtet werden. Hierzu habe ich mich um die aktive Vermarktung unserer Gewerbeflächen gekümmert. Das Gewerbegebiet in Kleinburgwedel ist ausverkauft, die Erweiterung der Gewerbeflächen wird momentan bearbeitet. Besonders freut es mich, dass wir die Fiege-Niederlassung für Norddeutschland in Burgwedel ansiedeln konnten. Als familiengeführtes Unternehmen passt Fiege sehr gut zu unseren bereits bestehenden Unternehmen. Die bestehenden Betriebe bei Erweiterungen ihrer Flächen zu stärken und zu fördern ist ebenso wichtig. Hierzu trete ich frühzeitig mit den Firmen in Kontakt, um die passende Lösung gemeinsam entwickeln zu können. Seit drei Jahren nehmen wir gemeinsam mit der Region Hannover auf der Internationalen Wirtschafts- und Immobilienmesse Expo Real in München teil, bei der ich auch persönlich Burgwedels hervorragende Standorteigenschaften präsentiere.

Burgwedel hat sich seit einigen Jahren auf unterschiedlichen Ebenen mit den Themen der älter werdenden Gesellschaft befasst. Dazu gehört auch das Thema Demenz. Ich wurde aus dem Kreis der Regionsbürgermeister in eine Arbeitsgruppe zur Gesundheitsregion in Niedersachsen entsandt. Hier konnte ich das Thema Demenz und damit zusammenhängende Aufgaben für Verwaltungen, Stadtplanung und Gesellschaft einbringen. Innerhalb der Gesundheitsregion hat sich dieses Thema so weit entwickelt, dass Burgwedel für diesen Bereich eine Landesförderung in Höhe von 100.000 Euro erhalten hat. Wir haben damit die Möglichkeit, Burgwedel als Modellkommune für dieses wichtige Thema zu etablieren. Ich hoffe, dass unsere Ergebnisse auf andere Kommunen und Städte übertragen werden können. Der Umgang mit Demenz ist mittlerweile in fast jeder Familie Thema. Die Stadt kann helfen, bessere Voraussetzungen für Betroffene, Angehörige und helfende Dienstleister zu schaffen. In der Seniorenbegegnungsstätte können hierzu viele weitere Informationen eingeholt werden.

»Es ist uns gelungen, ohne Großunterkünfte auszukommen und alle Geflüchteten dezentral in den Ortschaften zu verteilen.«

Redaktion: Eine ganz große Herausforderung war die Aufnahme von Flüchtlingen im Herbst 2015.
Axel Düker: Die Aufnahme der geflüchteten Menschen hat die Stadtgesellschaft und die Verwaltung in den Jahren 2015 und 2016 extrem gefordert. Da niemand sagen konnte,

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

mit wie vielen Flüchtlingen zu rechnen war, konnten die Verwaltungen nur sehr kurzfristig planen. In manchen Wochen gab es täglich steigende Zahlen über Menschen, die in Burgwedel untergebracht werden mussten. Zum Glück konnte die Stadt auf eine riesige Unterstützungswelle in der Bevölkerung bauen. Mit unzähligen Freiwilligen, Vereinen, Kirchen und vielen Privatpersonen, die uns Wohnungen und Häuser für die Unterbringung vermietet haben, war es möglich, die Aufgabe zu bewältigen. Für diese großartige Unterstützung kann nicht genug Dank ausgesprochen werden. Es ist uns gelungen, ohne Großunterkünfte auszukommen und alle Geflüchteten dezentral in den Ortschaften zu verteilen.

Redaktion: Glaubst du, dass das Thema der Integration heute abgeschlossen ist?

Axel Düker: Der Prozess der Integration oder des Ankommens ist eine Entwicklung, die keinen klaren Abschlusspunkt hat. Integration ist eine dynamische Entwicklung, die sich immer wieder verändert. Die neue Sprache, die Kultur, die Regeln des Zusammenlebens, die Pflichten und Rechte in einem Rechtsstaat müssen nach und nach bewusst werden. Der Start liegt natürlich im Erwerb der Sprache. Hier liegt die größte Hürde gleich zu Beginn der Integration. Nur wer sich dieser Hürde stellt - mit Unterstützung der einheimischen Gesellschaft - wird die weiteren Schritte der Integration meistern. Der Erhalt der eigenen Kultur und der wechselseitige Austausch mit der neuen Kultur sind dabei ebenfalls nicht zu vernachlässigen. Neben den städtischen Sozialarbeitern gibt es in Burgwedel eine Vielzahl hochengagierter ehrenamtlicher Helfer, die geflüchtete Menschen unterstützen und zur Integration beitragen.

»Viele Gebäude sind nach Jahrzehnten der Nutzung leider grundsätzlich zu erneuern. Das gilt auch für das Gebäude des Gymnasiums.«

Redaktion: Burgwedel braucht ein neues Gebäude für das Gymnasium. Was geht dir durch den Kopf, wenn die größte kommunale Investition in der Stadtgeschichte unter deiner Leitung vorbereitet wird?

Axel Düker: Das Gymnasium hat in Burgwedel traditionell einen hohen Stellenwert. Die Gründung des Gymnasiums in den 60er Jahren war ein großer Baustein für die positive Entwicklung der damaligen Gemeinde. Heute ist das Gymnasium aus der Stadt

Foto: shutterstock

nicht wegzudenken. Der heutige Schulbetrieb hat sich jedoch stark gewandelt. Der Unterricht findet auch am Nachmittag statt, die Zahl der Schüler*innen hat sich fast verdoppelt. Neue pädagogische Erkenntnisse können in den althergebrachten Räumen der Sekundarstufe I so nicht mehr umgesetzt werden. Für diese Entwicklungen ist ein Teilneubau nötig. Weitere Teile der Schule werden grunderneuert und bieten dann für die Sekundarstufe II genügend Platz. In diesem Zusammenhang werden auch die Sporthallen neu geplant. Dies wird nicht nur für die Schüler*innen bessere Bedingungen schaffen, sondern auch den Sportvereinen mehr sowie bessere Hallenflächen bieten. Ich bin mir also der Verantwortung für eine solch große Investition bewusst, denke aber, dass sie vertretbar und sogar unumgänglich ist. Leider muss hier darauf verwiesen werden, dass viele Gebäude nach Jahrzehnten der Nutzung grundsätzlich zu erneuern sind. Diese Aufgabe wurde mit den Kitas und Grundschulen begonnen und mit dem Gymnasium weitergeführt.

Redaktion: Aktuell bewegt uns in Burgwedel die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ganz besonders. Burgwedel ist begehrt und teuer. Bleiben die Burgwedeler mit weniger hohen Einkommen dabei auf der Strecke?

Axel Düker: Burgwedel gehört mit all seinen Ortsteilen zu einer der begehrtesten Städte in der Region Hannover. Das ist grundsätzlich sehr erfreulich, da wir keinen Leerstand zu verzeichnen haben. Auf der anderen Seite werden die Preise für Wohnraum vor allem durch Angebot und Nachfrage gestaltet. Bei knappen und teuren Baugrundstücken steigen die Preise in begehrten Wohnorten automatisch. Die Aufgabe von Politik und Verwaltung besteht darin, Entwicklungen zu steuern und mit ausgleichenden Maßnahmen Verantwortung zu übernehmen.

»So kann Wohnraum für alle Einkommensschichten geschaffen werden.«

Ich habe bereits in meinem Wahlkampf gesagt, dass mir auch für mittlere und geringere Einkommen bezahlbarer Wohnraum sehr wichtig ist. Verwaltung und Bürgerschaft haben viele Gedanken und Ideen entwickelt, wie ein durchmischtes Wohnen möglich ist. Ein Ergebnis ist das neue Baugebiet am Pöttcherteich. In diesem Bereich wurden viele der Wünsche aus der Bürgerbeteiligung berücksichtigt. Die Mischung aus Eigentumswohnungen und Mietwohnungen in festgelegter Anzahl mit unterschiedlichen Mietpreisen wurde durch einen städtebaulichen Vertrag festgeschrieben. Mit solchen Regelungen ist es der Politik und Verwaltung möglich, aktiven Einfluss auf die städtebauliche Entwicklung zu nehmen. So kann Wohnraum für alle Einkommensschichten geschaffen werden.

Redaktion: Knapp vier Jahre deiner ersten Amtszeit liegen noch vor dir. Was hast du dir vorgenommen?

Axel Düker: Die Frage des Wohnens und damit auch des gesellschaftlichen Ausgleichs und des Städtebaus beschäftigt mich intensiv. Hier sehe ich kein abschließendes Erreichen eines Ziels, sondern vielmehr einen permanenten

Prozess, der immer wieder überprüft und gesteuert werden muss. Der freie Markt im Spiel von Angebot und Nachfrage muss durch Politik und Verwaltung begleitet werden, damit alle Bedarfe in einer Stadtgesellschaft abgebildet werden und niemand ausgegrenzt wird. Das hat auch der Beteiligungsprozess gezeigt.

»Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass ich die Nichtanschaffung einer Drehleiter für unsere Feuerwehr für falsch halte.«

Für unsere freiwillige Feuerwehr werde ich mich auch weiterhin stark machen. Es ist eine äußerst dankenswerte und ehrenhafte Leistung, die von den Angehörigen der Ortswehren tagtäglich geleistet wird. Die gute Ausstattung und das offene Ohr für die Sorgen und Nöte der Kamerad*innen sind mir persönlich sehr wichtig. So wie wir uns auf unsere Feuerwehr verlassen können, soll sich auch die Feuerwehr auf ihre Stadt verlassen können. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass ich die Nichtanschaffung einer Drehleiter für unsere Feuerwehr für falsch halte. Die Mehrheit im Stadtrat hat sich leider nicht von den technischen Vorteilen und Zeitersparnissen bei der Rettung überzeugen lassen, sondern möchte lieber weiter auf die Drehleitern der Nachbarkommunen zurückgreifen – entgegen des einstimmigen Antrags für die Drehleiter des Stadtkommandos der Feuerwehr.

Zum Städtebau gehört auch die Frage der Verkehrswege und -ströme. Burgwedel freut sich über eine sehr hohe Anzahl von Arbeitnehmer*innen, die täglich nach Burgwedel zur Arbeit fahren. Es pendeln zurzeit ca. 2.000 Personen mehr nach Burgwedel, als auspendeln. Das ist natürlich ein Zeichen für unseren hervorragenden Arbeitsmarkt, stellt jedoch auch die Frage nach der Belastbarkeit der Verkehrswege, vor allem in Großburgwedel. Die Umgehungsstraßen werden zwar mittlerweile immer besser genutzt, dennoch gibt es ein hohes Verkehrsaufkommen in der Innenstadt. Ein Beitrag zur Lösung würde in einer deutlich stärkeren Unterstützung des Radverkehrs liegen. Wir haben zwar zwischen den Ortschaften und zum Teil auch auf den neuen Ortsdurchfahrten Radwege -es fehlt jedoch an einer klaren Struktur für den Radverkehr. Die Erstellung eines professionellen Radwegekonzeptes, das zukunftsweisende Lösungen für den alltäglichen Radverkehr und vor allem für die große Anzahl der Schü-

Foto: shutterstock

ler*innen anbietet, ist dringend erforderlich. Jede Fahrt, die mit dem Rad und nicht mit dem Auto erfolgt, entlastet unsere Straßen und hilft der Umwelt. Leider wird ein solches Konzept durch die Mehrheitsgruppe im Stadtrat konsequent abgelehnt.

Redaktion: Zum Schluss möchten wir dir noch eine persönliche Frage stellen: Glaubst du, dass das Amt des Bürgermeisters dich verändert hat?

Axel Düker: Das hat es auf jeden Fall. Obwohl ich ja bereits in den Jahren zuvor als Fraktionsmitglied und Fraktionsvorsitzender in der Öffentlichkeit stand, ist das Amt des Bürgermeisters etwas ganz anderes. Ich konnte mich dank einer hervorragenden Stadtverwaltung sehr schnell in viele Themen einarbeiten und werde durch die Fachämter immer bestens unterstützt. Das war und ist ein riesiger Vorteil. Besonders wenn es darum geht, für die Stadt und die Verwaltung zu sprechen und natürlich auch die Verantwortung für Entscheidungen zu übernehmen. In diesen Fragen habe ich mich nochmals deutlich weiterentwickelt. Es gibt immer wieder zum Teil auch unvorhersehbare Situationen, die auf die Stadt zukommen und in sehr kurzen Zeitfenstern entschieden werden müssen. Das heißt dann, das begonnene Projekt unterbrechen und neue Prioritäten festlegen. Besonders in der Zeit der Flüchtlingsunterbringung gab es viele herausfordernde Entscheidungen, die ich nicht immer mit Freude treffen musste. Auch das gehört zur Verantwortung und zum Amt des Bürgermeisters.

Das Wichtigste ist für mich jedoch die Erkenntnis, dass ich bisher noch keinen Tag bereut habe, Bürgermeister meiner Heimatstadt Burgwedel zu sein. ■

EINLADUNG

Die Europäische Union (EU) steht vor wichtigen Herausforderungen. Wie geht es mit den Brexit-Verhandlungen weiter? Steht die EU vor einem Schicksalsjahr?

Die SPD Burgwedel lädt Sie herzlich ein, in lockerer Atmosphäre diese und weitere spannende Fragen an Niedersachsens Europaministerin Birgit Honé zu stellen. Moderiert wird die Runde von Karin Beckmann.

DIENSTAG, 27. NOVEMBER 2018, 18.00 UHR

Amtshof, Auf dem Amtshof 8, 30938 Großburgwedel

GYMNASIUM GROSSBURGWEDEL: NEUBAU UND SANIERUNG

Von Lars Rosenbusch

Man merkt, der Entscheidungsprozess ist komplex, denn es geht um viel: viele Entscheidungen, viele Interessen, viel Geld. Dabei steht gar nicht in Frage, dass eine große Investition bevorsteht – an dieser Stelle berichteten wir bereits im Oktober des vergangenen Jahres darüber. Wohl aber, wie das Geld am besten angelegt ist, wie Neues geschaffen, aber auch Bewährtes erhalten werden kann.

LERNMETHODEN HABEN SICH VERÄNDERT

In unserem letzten Artikel hatten wir Position bezogen für den Neubau des Gymnasiums. Da zu diesem Zeitpunkt das pädagogische Konzept schon verabschiedet war und dies nach der damals vorliegenden Untersuchung nur in einem Neubau verwirklicht werden konnte, war keine andere Entscheidung möglich. Das pädagogische Konzept des Gymnasiums, das von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern und der Elternschaft erarbeitet wurde, trägt der Tatsache Rechnung, dass sich Lehr- und Lernmodelle seit dem Neubau unseres Gymnasiums vor über 40 Jahren einfach verändert haben. Statt der Vermittlung von Lehrstoff im Frontalunterricht wird z. B. viel mehr in Gruppen erarbeitet, weil Schülerinnen und Schüler genau diese Fähigkeit in unserer komplexen Wirtschaft und Gesellschaft benötigen. Anstatt purer Wissensvermittlung geht es auch um den Erwerb von Schlüsselkompetenzen wie Kommunikationsfähigkeit, Begreifen und selbständiges Erarbeiten von Wissen. Mit anderen Arbeitsmethoden müssen aber auch neue Ansprüche an Räume gestellt werden.

In einer Arbeitsgruppe, an der alle Gruppen des Rates beteiligt waren, wurde beschlossen, eine neuerliche Studie an die Firma Drees und Sommer zu vergeben. Diese Firma hatte sich in einem Wettbewerb gegen andere Anbieter durchgesetzt. Das vorgelegte Gutachten hat ergeben, dass eine Teilsanierung der alten Gebäude möglich und unter dem Gesichtspunkt der Kosten auch empfehlenswert ist. Allerdings ist auch in diesem Vorschlag, der nun vom Rat verabschiedet ist, der Neubau des Gebäudes der Sekundarstufe I (Klassen 5 bis 10) vorgesehen, da nur so das pädagogische Konzept der Schule umgesetzt werden kann.

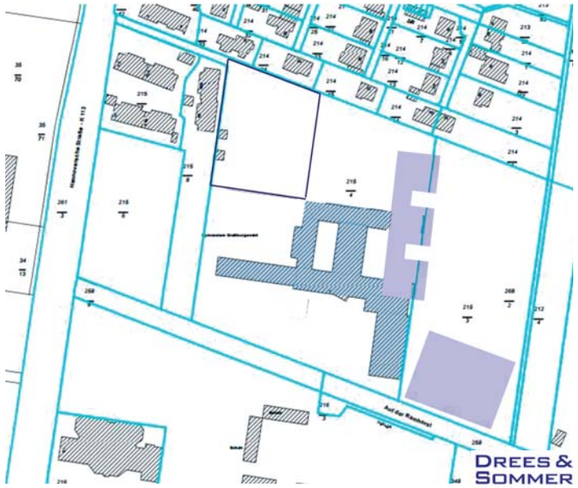
EINE BRÜCKE ZWISCHEN GYMNASIUM UND IGS SCHLAGEN

Es gibt Gebäudeteile im heutigen Gymnasium, deren Erhalt wünschenswert ist. Nicht nur, weil sie substantiell noch in einem Zustand sind, der eine Ertüchtigung unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten überhaupt erlaubt, sondern vor allem auch, weil die Anordnung von Gymnasium und Integrierter Gesamtschule (IGS), die eine Brücke zwischen den Schulen schlägt, auf diese Weise erhalten werden kann. Von Bedeutung ist der Erhalt der baulichen Zusammengehörigkeit vor allem für diejenigen Schülerinnen und Schüler der IGS, die nach der Klasse 10 an die gymnasiale Oberstufe wechseln. Beide Schulformen sind durch diesen Wechsel miteinander verbunden und sollen nicht durch eine baulich manifestierte Abgrenzung miteinander in Konkurrenz treten. Auch gibt es vielerlei Identifikation und Erinnerungen, die Generationen von Schülerinnen und Schülern mit dem heutigen Gebäude des Gymnasiums verbinden. Große Investitionen der Vergangenheit lehren in diesem Zusammenhang auch: es geht um Akzeptanz. Viele Menschen müssen sich mit dem Bauvorhaben arrangieren: Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Bürgerinnen und Bürger der Stadt, Steuerzahler – und eben nicht allein politische Entscheidungsträger.

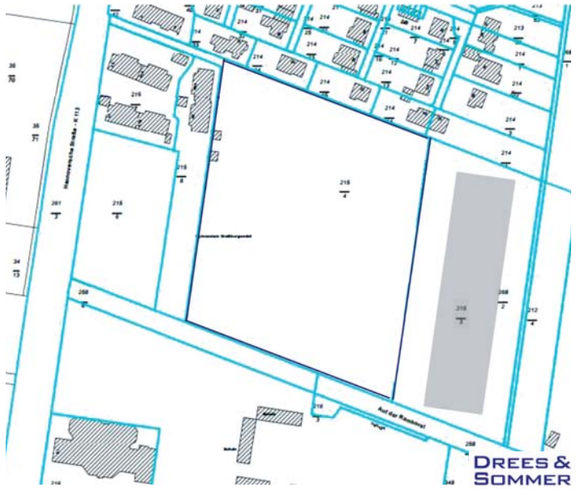
DER SCHULBETRIEB SOLL SO UNGESTÖRT WIE MÖGLICH WEITERLAUFEN

So wünschenswert ein Neubau vor dem Hintergrund kommender Sanierungsrisiken bei Altbauten sein mag, so sehr ist mit ihm auch ein abrupter Schlussstrich unter die bisherige Geschichte der Schule gezogen und so sehr wäre damit auf Jahrzehnte die Möglichkeit vertan, die Anordnung der Schulgebäude vor Ort auch baulich einander möglichst zugewandt zu belassen und eine entsprechende Außengestaltung mit niedrigerem Aufwand zu verwirklichen. Daher ist es auch eine bewusste politische Entscheidung, das beschriebene Risiko kommender Investitionsbedarfe zu Gunsten des Erhalts von Aula und Campus einzugehen. Dies geschieht nicht ohne Bedenken, aber unter Abwägung aller Vor- und Nachteile. Sanierung, Abriss abgängiger Gebäudeteile und Neubau müssen nun so ineinandergreifen, dass der Schulbetrieb so ungestört wie möglich weiterlaufen kann. Relativ einfach wäre dies gewesen, hätte man zunächst den Neubau errichtet und anschließend den Altbau zurückgebaut. Dies wird nun aufwändiger, birgt aber die beschriebenen Vorteile.

In voraussichtlich 5 Jahren können Schülerinnen und Schüler wie auch Lehrerinnen und Lehrer von den geplanten Investitionen vollumfänglich profitieren. ■



Variante: Abbruch, Umbau/Sanierung und Zubau am vorhandenen Standort



Variante: Neubau auf dem Sportplatz

EINBLICKE IN LOGISTIKUNTERNEHMEN: GROSSE MENGEN – WENIG LKW-VERKEHR

Teilnehmer des SPD-Besuchs bei Fiege sind beeindruckt von Aufgeschlossenheit und Transparenz

Von Karin Beckmann

Etwa 30 Bürgerinnen und Bürger schlossen sich auf Einladung der SPD Burgwedel einer Besichtigung des neu angesiedelten Logistikunternehmens Fiege in Großburgwedel an. Gerne hätten sich weitere Teilnehmer angeschlossen, doch die Gruppengröße war begrenzt, damit jede und jeder die Erläuterungen und Antworten der beiden »Gästeführerinnen« der Firma Fiege im Betrieb verstehen konnten. Die kaufmännische Leiterin sowie die Personalleiterin von Fiege in Großburgwedel, Frau Freese und Frau Buss, waren engagiert und offen. Jede Frage wurde freundlich und präzise beantwortet.

Für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer überraschend war, dass Fiege, ein familiengeführtes Unternehmen mit 185 Standorten in 15 Ländern, in Großburgwedel wie an fast allen anderen Standorten keine eigenen LKWs auf die Straße bringt. Der Dienstleister Fiege arbeitet selbst für seine Kunden aus der Mode-, Drucker- und Sportlernahrungsbranche. Eine Halle ist an die Firma Rossmann vermietet, außerdem gibt es bereits einen weiteren Untermieter. Modeketten nehmen mit ihrem Internet-Handel (oder auch eCommerce) den größten Anteil ein und von diesen werden auch Speditionsunternehmen engagiert, die dann Ware, Pakete und Päckchen anliefern und sie in der vom Kunden gewünschten Zusammenstellung wieder mitnehmen und ausliefern. Insgesamt hält sich der durch die Ansiedlung der Firma ausgelöste LKW-Verkehr mit bis zu 10–15 Lastwagen pro Tag in Grenzen, wie auch ein Vertreter der »Bürgerinitiative Isernhagen verkehrsberuhigt! Aktion L 381« (Jan P. Schermer) bestätigte. Nach einer ersten zeitlich begrenzten qualitativen Verkehrszählung der Isernhagener Bürgerinitiative ist der Eindruck entstanden, dass die Unternehmen Fiege und Rossmann mit ihrem Ziel- und Quellverkehr nicht in erster Linie das Dorf belasten, sondern der Schwerlast-Transitverkehr. Die Initiative wird die Entwicklungen weiterhin mit qualitativen Stichproben im Blick behalten.

Für Fiege arbeiten in Großburgwedel 250 von weltweit ca. 14.000 festen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf 48.000 qm Fläche. Hinzu kommen saisonal unterschiedlich noch einmal bis zu 150 Beschäftigte von Zeitarbeitsfirmen, im Durchschnitt sind es aber nur etwa 20 Prozent. Hier liegt auch eine Quelle für die Mitarbeiterakquise des Unternehmens. In drei Ausbildungsberufen im technischen und kaufmännischen Bereich wird jetzt nach einer zwei- bis dreijährigen Pause wieder ausgebildet. Grund für die Pause war nach Angaben der Mitarbeiterinnen die schlechte Vorbildung vieler Bewerberinnen und Bewerber, die eine sehr umfangreiche Betreuung durch das Unternehmen erforderte. »Eltern waren wir privat lange genug«, brachte Frau Freese die Situation auf den Punkt.

Jetzt wird wieder ausgebildet und auch Studierende können bei Fiege in Zusammenarbeit mit der Leibniz-Hochschule Hannover ein duales Studium absolvieren. 18.000 Euro investiert das Unternehmen in jedes Studium. Bewerberinnen und Bewerber für Ausbildung und Studium ebenso wie für die Beschäftigung im Unternehmen können sich jederzeit beim Personalbereich melden. Der Stundenlohn beträgt 11 Euro pro Stunde, liegt also deutlich über dem Mindestlohn. Dabei stehen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Aufstiegsmöglichkeiten stehen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern offen. Bei der Auflösung der Standorte Sehnde und Langenhagen sind fast alle nach Burgwedel mitgekommen. Fiege versucht die Arbeitsatmosphäre und die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass viele Beschäftigte gerne in der Firma bleiben. Vorteil ist, dass die in Großburgwedel kommissionierten Waren weder Lärm- noch Staubprobleme mit sich bringen.

Insgesamt wirkt der Betrieb hell und übersichtlich, es werden viele Arbeitsschritte in Handarbeit gemacht und es gibt wechselnde Beschäftigungsbereiche. So werden neue Waren nach Bestellung zusammengestellt und verpackt aber auch Retouren geprüft, nach Zustand sortiert, teilweise sogar ausgebessert oder geschreddert. Die genauen Tätigkeitsfelder hängen vom jeweiligen Kunden ab.

Was wohl allen Teilnehmern der Besichtigung in den Sinn kam, ist die wachsende Ressourcenvergeudung, die hier einmal geballt zu sehen ist. Von den im Internethandel bestellten Waren werden ca. 50 Prozent wieder zurückgeschickt. Jedes Mal wird verpackt, verschickt, zurückgeschickt, wieder neu verpackt oder an den Betrieb zurückgegeben. 13 Millionen Teile werden jährlich allein bei Fiege in Großburgwedel angenommen und verschickt.

Modeketten haben nicht mehr zwei Mal im Jahr Saisonwechsel, sondern mittlerweile bis zu acht Mal in einem Jahr, denn der Endkunde, oft sicher auch die Endkundin, möchte immer wieder etwas Neues finden. Dabei bewegen sich die Kunden des Unternehmens eher im mittleren Segment. Trotz Tüten aus Maisstärke und Kartons aus Recyclingpappe, fast alles wird einzeln in Plastik verpackt, in Kartons auf Paletten gestapelt und dann mit Plastik umwickelt. Da wird einem doch etwas mulmig, wenn die bestellte Ware mal wieder nicht passt oder doch nicht so aussieht, wie es im Netz aussah. Es liegt eben auch am Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Hier ist es sehr spannend zu verfolgen, wie künftig das Vermeiden von Plastikmüll gelingen soll.

Die Besucher haben jedenfalls viel gelernt. Sie wurden sehr offen und sehr freundlich begleitet und der nächste Besuch wurde für 2019 bereits ins Auge gefasst. ■

ES KOMMT AUF JEDE SEKUNDE AN...

Von Matthias Tote

Jede Kommune hat kraft Gesetzes die Aufgabe eine leistungsfähige Feuerwehr aufzustellen. Die Stadt Burgwedel wollte hierfür im Rahmen eines Feuerwehrbedarfsplanes die notwendigen Maßnahmen und Investitionen der nächsten fünf Jahre festlegen. Hierbei wurde auch die Notwendigkeit einer Drehleiter betont. Die Stadt Burgwedel hat mit Krankenhaus, Gewerbebetrieben, Schulen und Wohnhäusern eine erhebliche Brandlast und wird voraussichtlich auch in der Zukunft weiter wachsen. Bei Bedarf einer Drehleiter werden zurzeit die ehrenamtlichen Kräfte unserer umliegenden Kommunen zur Unterstützung gerufen. Dies führt natürlich auf Dauer zu Unmut bei unseren Nachbarn, denn auch hier leisten die Kameraden ehrenamtlichen Dienst. Außerdem würde eine Drehleiter aus Burgwedel mehrere Minuten früher am Einsatzort eintreffen und besonders die ersten Minuten sind im Bereich der Menschenrettung manchmal entscheidend. Die SPD und unser Bürgermeister Axel Düker setzen sich für die Investition in eine Drehleiter ein und unterstützen die Position von Verwaltung, Feuerwehrbedarfsplan und der Stadtfeuerwehr, die den Wunsch durch einen Antrag an die Stadt unterstrichen hat. Die Menschenrettung, Brandbekämpfung und Hilfeleistung aus hohen Objekten können wir nicht unseren Nachbarn übertragen. Wir gemeinsam sind für unsere Bevölkerung verantwortlich und deshalb ist die SPD der Überzeugung, dass die Gefahrenabwehr der falsche Bereich zum Sparen ist. ■

Foto: shutterstock

DER KOMMENTAR

Von Torsten Allert

Der Feuerschutzausschuss stimmte mit der Mehrheit der CDU/FDP Gruppe gegen eine Drehleiter für die Freiwillige Feuerwehr Burgwedel. Und das, obwohl in dem unabhängig entworfenen Feuerwehrbedarfsplan attestiert wurde, dass die Einsatzfähigkeit der Burgwedeler Feuerwehren mit der Anschaffung verbessert werden würde.

Als langjähriges aktives Mitglied in der Feuerwehr Burgwedel finde ich diese Entscheidung enttäuschend. Was mich aber viel mehr verwundert, sind die Argumente, die zu der Ablehnung führten. Sich darauf zu verlassen, dass alle umliegenden Kommunen, die im Besitz einer Drehleiter sind, sich in ca. 15 bis 20 Minuten am Einsatzort in Burgwedel befinden, ist eine riskante Rechnung. Hinzu kommt, dass die Drehleiter dann erst noch in Stellung gebracht werden muss. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sowohl Bürger als auch im Einsatz befindliche Feuerwehrmitglieder durch diesen Umstand gefährdet werden.

Vielleicht sollte sich unsere CDU/FDP-Gruppe mit den Nachbarkommunen in Verbindung setzen und sich die Argumente anhören, warum dort eine Drehleiter angeschafft und die Verantwortung nicht abgeschoben wurde. Außerdem sei zu erwähnen, dass die Nachbarkommunen finanziell sicher nicht besser aufgestellt sind als Burgwedel und trotzdem in diese Anschaffung investiert haben. Wie hat unser Stadtbrandmeister in einem Interview gesagt: »Ohne Drehleiter ist es so: Wir fahren mit Sommerreifen im Winter.«

Die Feuerwehr ist 365 Tage im Jahr einsatzbereit, um einzugreifen, wenn etwas passiert. Da frage ich mich, ob die CDU/FDP-Gruppe mit dieser Entscheidung ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgern und Feuerwehrmitgliedern gerecht wird? Das möchte ich hier stark bezweifeln. Auch die Aussage aus den Reihen des Ausschusses, vor 30 bis 40 Jahren brauchten wir auch noch keine Drehleiter, ist absolut nicht nachvollziehbar. Zu einer modernen Feuerwehr und Stadt mit hohen Wohngebäuden, Gewerbegebiet und Krankenhaus gehört eine Drehleiter - zumal allein schon jeder Wohnhausbrand die Alarmierung dieser bedarf. Mit Schiebeleitern und Steckleitern gerät man schnell an seine Grenzen. Das ist Arbeiten wie vor vierzig Jahren. ■

UNSER BEITRAG FÜR MEHR LEBENSQUALITÄT IN DEN KOMMUNEN

Von Caren Marks MdB

Als Bundestagsabgeordnete und Kommunalpolitikerin weiß ich, wie wichtig die Unterstützung der Kommunen bei der Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben ist. Leben findet vor Ort statt, in den Dörfern und Städten. Der Bundestag hat im Bundeshaushalt 2018 so hohe Investitionsmittel wie noch nie bereitgestellt. In der gesamten Wahlperiode von 2018 bis 2022 sind insgesamt rund 180 Milliarden. Euro geplant. Viele Milliarden Euro davon fließen an die Kommunen. Einige Projekte will ich herausgreifen und kurz erläutern.

- **STÄDTEBAUFÖRDERUNG**
  Die Städtebauförderung beläuft sich in 2018 auf insgesamt 808 Millionen Euro. Fortgesetzt und ebenfalls auf vier Jahre mit 100 Millionen Euro gefördert wird das Programm »Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend, und Kultur«.
- **KFW-PROGRAMM**
  Das KfW-Programm »Kriminalprävention durch Einbruchsicherung« stocken wir um 15 Millionen Euro auf und gewährleisten eine unterbrechungsfreie Förderung.
- **BAUKINDERGELD**
  Das Baukindergeld kommt. Hierfür gilt eine Einkommensgrenze von 90.000 Euro für Familien mit einem Kind, eine flächenmäßige Begrenzung erfolgt nicht, die Antragstellung soll bis Ende des Jahres 2020 möglich sein.
- **SOZIALER WOHNUNGSBAU**
  Bereits in der vergangenen Wahlperiode hat der Bund den sozialen Wohnungsbau gestärkt. Für das kommende Jahr sind im Bundeshaushalt weitere 500 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen. Eine Grundgesetzänderung soll die Länder verpflichten, die Mittel ab 2020 zweckgebunden einzusetzen.

  Es müssen mehr neue und vor allem bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Insgesamt 3,5 Milliarden Euro Bundesmittel in den kommenden Jahren für den Sozialen Wohnungsbau sind ein klares Bekenntnis dazu.

  Aber der soziale Wohnungsbau allein wird das Problem der Wohnraumknappheit und steigenden Mieten in vielen Städten nicht lösen. Notwendig ist ein ganzes Maßnahmenbündel aus verbessertem Mieterschutz und Baubeschleunigung. Für den anstehenden Wohngipfel im September sind deswegen praktische und umsetzungsfähige Konzepte gefragt, die zeitnah wirken.
- **DIGITALPAKT SCHULE**
  Die Steuermehreinnahmen von 2,4 Milliarden Euro haben wir genutzt, um das noch in diesem Jahr zu errichtende Sondervermögen »Digitalfonds« mit den notwendigen Mitteln auszustatten. Dadurch können schnell Ausgaben für den »Digitalpakt Schule« und den Breitbandausbau zur Verfügung gestellt werden, auch das ein gutes Signal für die Kommunen.
- **GUTE-KITA-GESETZ**
  Für das »Gute-Kita-Gesetz« stehen bis 2022 insgesamt 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. 2019 werden die ersten Mittel in Höhe von 500 Mio. Euro in die Länder fließen, 2020 dann eine Milliarde Euro sowie 2021 und 2022 jeweils zwei Milliarden Euro.

  Mit diesem Gesetz werden wir die Kita-Qualität verbessern und die Eltern von Beiträgen entlasten.
- **MEHRGENERATIONENHÄUSER**
  Wir verstetigen die Mittel für die Mehrgenerationenhäuser: 17,5 Millionen Euro in 2018 und in den kommenden Jahren.

Dies sind Beispiele dafür, wie der Bund die Kommunen wirkungsvoll unterstützen kann. Meines Erachtens müssen die Kommunen darüber hinaus einen höheren Anteil an den Steuereinnahmen des Bundes erhalten. Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Sportstätten und Schwimmbäder, Straßen, digitale Infrastruktur – all das muss von den Kommunen vorgehalten und unterhalten werden. Die vorhandenen Mittel reichen dafür oft nicht aus. Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass die Kommunen ihren gerechten Anteil erhalten, um ihren Aufgaben nachkommen zu können. ■

Foto: shutterstock

IMPRESSUM
Herausgeber: SPD-Ortsverein Burgwedel
Hannoversche Straße 9, 30938 Burgwedel
V.i.S.d.P.: Andreas Strauch
Redaktion: Karin Beckmann, Anke Bsteh, Stephan Nikolaus-Bredemeier, Jochen Rödiger, Lars Rosenbusch, Matthias Tote
Bildnachweis: Irene Freese, Michael Plümer – pluemer-fotografie.de, Jochen Rödiger, shutterstock
Satz und Gestaltung: Anette Gilke